

Kontaktinformationen und Statements der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft

5./6. Staatenberichtsverfahren Deutschlands zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
91th Session UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (5./6. September 2022)



National Coalition Deutschland

Franziska Breitfeld
Geschäftsführerin

Mobil: +49 17657648676

Mail: franziska.breitfeld@netzwerk-kinderrechte.de

Themenschwerpunkte:

Kinderrechte als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft, Beteiligung & Wahlrecht, Diskriminierung, Kinderrechte ins Grundgesetz.

Zitat/O-Ton:

Um Kinderrechte zu stärken und die Lebenswirklichkeiten von Kindern und ihren Familien zu verbessern braucht es einer konsequenten Kinderrechtspolitik. Sie muss intersektional sein, transformativ, strukturell verankert, kohärent, nachhaltig und vor allem praxistauglich. Gesicherte finanzielle und personelle Ressourcen auf allen föderalen Ebenen sind dafür ebenso unerlässlich wie Haltung und Dialogbereitschaft – im Staatenberichtsverfahren ebenso wie an jedem Tag im Gespräch mit jungen Menschen.



KRF (KinderRechteForum)

Üwen Ergün
Vorsitzender der Geschäftsführung & Gründer des KRFs (KinderRechteForum)
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der National Coalition

Mobil: +49 176 47198849

Mail: u.erguen@kinderrechteforum.org

Themenschwerpunkte:

Recht auf Gesundheit – Corona ist noch nicht vorbei/Kinderrechte in der digitalen Welt/Verbesserte Förderung und Rahmenbedingungen von und für Akteure(n)

Zitat/O-Ton:

Pandemie, Krieg, Klimakrise, Inflation: Das Recht von Kindern auf Gesundheit ist in Deutschland

Kontaktinformationen und Statements der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft

5./6. Staatenberichtsverfahren Deutschlands zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
91th Session UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (5./6. September 2022)

zurzeit stark gefährdet. Das gilt insbesondere für die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die vernachlässigt und selten ernstgenommen wird. Hinzu kommt, dass erste Lösungsansätze nicht nachhaltig wirken und vorrangig Symptome bekämpfen. Die Bewältigung der Folgen ist eine Langzeitaufgabe, die noch nicht begonnen hat. Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, warten vergebens auf langfristige Förderungen und Rahmenbedingungen, die ein wirksames Handeln ermöglichen. Dabei ist ein möglicher Schritt, Kindern in ihrer Welt zu begegnen – und diese Welt ist oft digital. Es bedarf zum einen digitaler Hilfsangebote, die Kindern einen barrierefreien Zugang bieten sowie Aufklärungsangebote, die Kindern und Jugendlichen ihre Rechte im digitalen Raum zeigen und sie dort vor Kinderrechtsverletzungen schützen. Aber auch hier gilt: Trotz steigender Nachfrage und Belastung solcher Angebote berichten Kinderrechtsorganisationen von erheblichen Verlusten von Projektförderungen. Im ersten Schritt muss dringend eine Finanzierung sichergestellt werden.



Deutsches Kinderhilfswerk

Holger Hofmann

Linda Zaiane-Kuhlmann

Geschäftsführer

Leiterin Koordinierungsstelle Kinderrechte

Mobil: +49 1717044060

Mobil: +49 15780668358

Mail: Hofmann@dkhw.de

Mail: Zaiane@dkhw.de

Themenschwerpunkte: Kinderrechte ins Grundgesetz, Beteiligung, Kindgerechte Justiz, Kinderarmut, Kinderrechte in der digitalen Welt

Zitat/O-Ton:

Das Deutsche Kinderhilfswerk kritisiert im Vorfeld der Anhörung der Bundesregierung vor dem UN-Kinderrechtsausschuss die mangelhafte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. So ist Deutschland bei der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz in den letzten 30 Jahren seit Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention noch keinen Schritt weitergekommen. Zudem fehlt nach wie vor eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Auch bei der gesellschaftlichen Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen und der nachhaltigen Absicherung von Qualität und Chancengleichheit im Bildungssystem sieht das Deutsche Kinderhilfswerk nach wie vor große Leerstellen. Eine Fehlstelle besteht auch in der nach wie vor mangelhaften Überprüfbarkeit der Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland, was vorrangig auf ein fehlendes systematisches Monitoringsystem und große Rückstände bei der Datenverfügbarkeit zum Thema zurückzuführen ist.

Kontaktinformationen und Statements der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft

5./6. Staatenberichtsverfahren Deutschlands zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

91th Session UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (5./6. September 2022)



Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Claudia Kittel

Leiterin

Mobil: +49 170-3340011

Mail: kittel@institut-fuer-menschenrechte.de

Themenschwerpunkte:

Kinderrechte ins Grundgesetz / Beschwerde- und Beteiligungsrechte

Zitat/O-Ton:

Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, Kinder- und Jugendliche als eigenständige Träger*innen von Rechten ernst zu nehmen. Sie sollen in allen sie betreffenden Angelegenheiten angehört und das Gehörte bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. In der Realität machen aber immer wieder Erwachsene unter sich aus, was ‚das Beste‘ für Kinder und Jugendliche ist. Dabei gilt: Nichts für Kinder und Jugendliche ohne Kinder und Jugendliche - sei es in der Kita, Schule, in der Kommune oder gar der Landes- und Bundespolitik. Die Covid-19-Pandemie hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass Kinder und Jugendliche mehr verlässliche Mitwirkungsrechte brauchen.



Deutsche Liga für das Kind

Bianka Pergande

Geschäftsführerin der Deutschen Liga für das Kind

Sprecherin National Coalition Deutschland

Mobil: +49 179 6085116

Mail: bianka.pergande@liga-kind.de

Themenschwerpunkte:

Frühe Kindheit, Kinderrechte & Demokratiebildung von Anfang an, Institutioneller Kinderschutz, Qualität in der Frühen Tagesbetreuung, Kinderrechte ins Grundgesetz, Kinderwahlrecht

Zitat/O-Ton:

Die Rechte des Kindes sind noch längst nicht Alltagswirklichkeit für alle Kinder. Erfahrungen von Ausgrenzung und Marginalisierung, Bildungsbenachteiligung und Armut gehören nach wie vor zur Lebenswirklichkeit viel zu vieler Kinder. Insbesondere wenn Krisen durch Krieg, Flucht, Epidemie, Klima-, Energie- und Finanzkrisen

Kontaktinformationen und Statements der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft

5./6. Staatenberichtsverfahren Deutschlands zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

91th Session UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (5./6. September 2022)

unsere Gesellschaft erschüttern, zeigt sich, wie schnell Ressourcen für Kinder und Jugendliche gekürzt werden und ihre Interessen ins Hintertreffen geraten. Es geht aber darum, dass Kinder und Jugendliche bei Strategien zur Bewältigung von Krisen und an der Gestaltung ihrer Gegenwart und Zukunft beteiligt sind.



Unfairtobacco

BLUE 21 e.V. / Unfairtobacco

Sonja von Eichborn

Projektleitung Unfairtobacco (nicht in Genf, nur telefonisch)

Mobil: +49-1703835720

Mail: sonja.eichborn@blue21.de

Themenschwerpunkte:

Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen (Tabak); Lieferkettengesetz (Kinderarbeit)

Zitat/O-Ton:

Durch seine halbherzigen Maßnahmen zur Tabakkontrolle verstößt Deutschland gegen die grundlegenden Kinderrechte auf Gesundheit und Leben. Außerdem müssen die Kinderrechte entlang der gesamten Lieferkette geschützt werden, denn auch Zigarettenkonzerne profitieren von ausbeuterischer Kinderarbeit. Deshalb muss sich die Bundesregierung stärker für ein wirksames Lieferkettengesetz in Deutschland und auf EU-Ebene einsetzen.



ECPAT Deutschland e.V.

Magdalene Pac

Vorstand

Mobil: +49 157 53 163 069

Mail: Magdalene.Pac@knh.de

Lea Peters

Projektkoordinatorin Kinderschutz auf der Flucht

Mobil: +49 160 3402 128

Mail: peters@ecpat.de

Themenschwerpunkte:

Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus und Online, Schutz von Kindern vor Handel, Schutz von Kindern in Flucht- und Migrationskontexten

Zitat/O-Ton:

Derzeit sehen wir nicht, dass das Lieferkettengesetz aus kinderrechtlicher Sicht ausreichend greift. In

Kontaktinformationen und Statements der Vertreter:innen der Zivilgesellschaft

5./6. Staatenberichtsverfahren Deutschlands zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
91th Session UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (5./6. September 2022)

Risikofeldern wie Reise und Tourismusbereich bräuchte es für effektiven Kinderschutz stärkere und umfassendere Vorgaben. Daher muss sich die Bundesregierung für ein stärkeres Lieferkettengesetz auf nationaler Eben und EU-Ebene einsetzen, um Kinder entlang der gesamten Lieferkette zu schützen. ECPAT sieht die dringende Notwendigkeit im Bereich Menschenhandel die Identifizierung von Betroffenen voranzubringen und spezifische Hilfen für Minderjährige anzubieten. Dafür braucht es die Implementierung der Berichterstattstelle, die der UN-Ausschuss anmahnt, als unabhängigen Monitoring Mechanismus. Außerdem müssen die Bundesländer stärker in Verantwortung genommen werden, und das BKK (Bundeskoooperationskonzept) umfassend umzusetzen.

Im digitalen Raum bestehen große Lücken, zu denen derzeit spannende EU-Prozesse laufen. Hier müssen vor allem Datenschutzfragen beantwortet werden – aber gleichzeitig müssen auch Lösungen gefunden werden, um Unternehmen zu verpflichten ihrer Verantwortung im Bereich des Kinderschutzes gerecht zu werden. Aus unserer Sicht greift das Jugendschutzgesetz diesbezüglich auch nur in Teilen, da es nur für Anbieter gilt, die über 1 Millionen Nutzer*innen haben und sich direkt an Kinder richten. Dadurch entstehen Schutzlücken, bei kleineren Plattformen, sowie Anbietern, deren Angebot sich nicht direkt an Kinder richtet. Die Bundesregierung ist in der Verantwortung Lösungen zu finden, um diese Schutzlücken zu schließen.



terre des hommes Deutschland e.V.

Ralf Willinger
Fachreferent für Kinderrechte & Friedenskultur

Mobil: +49-541-7101-108
Mail: r.willinger@tdh.de

Themenschwerpunkte:

Kinder im Krieg, Kindersoldat*innen, Minderjährige bei der Bundeswehr, Waffenexporte, geflüchtete Kindersoldat*innen in Deutschland

Zitat/O-Ton:

18 Jahre nach der Ratifizierung des sog. "Kindersoldaten-Zusatzprotokolls" der UN-Kinderrechtskonvention verletzt Deutschland weiter die darin verankerten Kinderrechte schwer und ignoriert die entsprechenden Forderungen des UN-Ausschusses, die sog. Concluding Observations. Deutschland ist eines von wenigen Ländern weltweit, dessen Militär noch Minderjährige als Soldatinnen und Soldaten rekrutiert, 1239 waren es 2021, Tendenz wieder steigend. Bei diesen Mädchen und Jungen kommt es in der Bundeswehr regelmäßig zu schweren Kinderrechtsverletzungen wie sexuellem Missbrauch, Unfällen, körperlichen und psychischen Schäden. Außerdem exportiert Deutschland weiter in großem Maße Waffen in Kriegs- und Krisengebiete wie den Nahen Osten, Indien oder Brasilien. Dort sterben viele Kinder durch deutsche Waffen oder werden gezwungen, mit diesen als Soldatinnen oder Soldaten zu kämpfen. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland endlich die Forderungen des UN-Ausschusses umsetzt: die Anhebung des Rekrutierungsalters für Soldaten auf 18 Jahre und den Stopp von Waffenexporten in Länder mit bewaffneten Konflikten und schweren Kinderrechtsverletzungen wie dem Einsatz von Kindersoldatinnen und –soldaten.